

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Gisela Frick, Paul K. Friedhoff, Rainer Funke, Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk und der Fraktion der F.D.P.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 14/23, 14/442, 14/443 –**

Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Braunkohlenbergbau ist, zusammen mit den verbundenen Wirtschaftsbereichen wie Stromerzeugung und Zulieferindustrie, das ökonomische Rückgrat des rheinischen Reviers, der Lausitz und des Gebiets der Mitteldeutschen Braunkohlegesellschaft mbH (MIBRAG). Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze hängen in diesen Regionen von der Braunkohle ab.

Die von der Rheinbraun AG erbrachte Wertschöpfung fließt zu rd. 78 % in Form von Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen den Mitarbeitern und damit den Regionen zu. Im rheinischen Revier sind ca. 12000 Beschäftigte im Braunkohlenbergbau beschäftigt; direkt und indirekt sind 40 000 Arbeitsplätze von der Kohlegewinnung und -umwandlung abhängig. Die Rheinbraun AG ist der größte Arbeitgeber dieser Region.

Mit der Privatisierung der Lausitzer Braunkohle konnte der industrielle Kern der Region erhalten werden. Damit bleibt die Braunkohle auch künftig der wichtigste Wirtschaftsfaktor in der strukturschwachen Industrieregion Lausitz. Der Anteil der Braunkohlenindustrie an der Wertschöpfung der Lausitz beträgt rd. 16 %. Die Betriebsstätten der Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG), die im Süden des Landes Brandenburg und im Nordosten des Freistaates Sachsen liegen, beschäftigten ca. 10000 Menschen. Die LAUBAG ist damit der größte Arbeitgeber und das bedeutendste Unternehmen der Region.

Die MIBRAG hat sich in den vergangenen Jahren als stabilisierender Wirtschaftsfaktor in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erwiesen. Die Mitarbeiterzahl beträgt knapp 2 800 Beschäftigte. Neben der durch die Beschäftigten bedingten Kaufkraft profitiert die Region durch das Steueraufkommen und das hohe Einkaufsvolumen des Unternehmens, das zum Zweck der Innovation und Umstrukturierung des Unternehmens kontinuierlich getätigt wird.

Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 sollen auch die steuerlichen Vorschriften zur Bewertung von Verbindlichkeiten und Rückstellungen geändert werden. So soll u.a. ein bislang nicht bestehendes Abzinsungsgebot von 5,5 % für Rückstellungen auf Sachleistungsverpflichtungen eingeführt werden. Eine solche Vorschrift trifft die deutsche Braunkohlenindustrie im Kern. Sie ist eine schwere Belastung für die Menschen in den betroffenen Regionen. Sie würde zu Mehrbelastungen in Milliardenhöhe für die betroffenen Unternehmen führen und damit zukünftige Investitionen, wie z. B. auch den weiteren Ausbau von Garzweiler II, im rheinischen Revier gefährden.

Diese steuerliche Schlechterstellung setzt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Braunkohle aufs Spiel. Bei unveränderter Vertragslage haben Firmen drastisch mehr Steuern zu zahlen. In den betroffenen Regionen muß mit negativen Konsequenzen, insbesondere mit einem Rückgang der Wirtschaftskraft und dem Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen, gerechnet werden.

Der Abbau steuerlicher Sondertatbestände ist nur dann vertretbar und akzeptabel, wenn gleichzeitig die Steuertarife spürbar abgesenkt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die grundlegenden Änderungen der Rückstellungspraxis zurückzunehmen. Andernfalls würde der Bergbau, insbesondere aber für die deutsche Braunkohle, mit zusätzlichen Steuerlasten in mehrfacher Milliardenhöhe belastet;
- ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorzulegen, das – basierend auf einem gesunden Energiemix – den wettbewerbsfähigen Energieträger deutsche Braunkohle angemessen berücksichtigt und damit die wirtschaftliche Substanz der Unternehmen und der betroffenen Regionen auf Dauer sichert.

Bonn, den 3. März 1999

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion